

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 473

Mittwoch, 23. November 2010

17. Jahrgang

50 Jahre danach: Versöhnung ist ein unerledigtes Thema

Vor genau 50 Jahren, am 13. November 1960, begannen einige Militärangehörige mit dem bewaffneten Kampf in Guatemala: Was war damals anders als heute, wo es nun seit 14 Jahren Friedensverträge gibt? Wie ist die Gesellschaft in all den Jahren mit der Gewalt von damals umgegangen, wie mit den dahinter stehenden Motiven? Was sagen einige führende Intellektuelle, Ex-Gueriller@s und MenschenrechtsaktivistInnen zu den Ereignissen damals und zur Situation heute?

All dies hat Yessica Masaya in einem längeren Artikel im Magazin der Prensa Libre „Amigo 11/2010“ zusammengetragen.

Selbst wenn die Inhalte des Artikels für ¡Fijáte!-LeserInnen nichts wirklich Neues vermitteln, sollte daran erinnert werden, dass diese für viele junge oder jüngere GuatemalteKInnen, die das lesen (und für die es ja auch geschrieben wurde), eben doch neu ist, genau weil es weiterhin ein unerledigtes Thema ist.



//www.avancso.org.gt/archivo/1269847966.pdf

Für viele ist der Krieg wie ein nutzloser Gegenstand in ihrer Wohnung, von dem sie vorgeben, er sei gar nicht da. Gleichwohl hat dieser Gegenstand in hohem Mass zu dem beigetragen, was wir heute vorfinden: Korruption, Feminizid, Unterernährung, fehlende Glaubwürdigkeit der Autoritäten und eine lange Liste weiterer sozialer Verwerfungen.

Vor 50 Jahren war Guatemala anders als heute. Es gab nur 4 Millionen EinwohnerInnen, die Hauptstadt war relativ klein. Obwohl die *Banco de Guatemala* einen hohen Wirtschaftszuwachs attestierte und die Währung mit dem Dollar pari stand, gab es grosse Armut und Ungleichheit.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich ab dem 13. November 1960 ein Bürgerkrieg, der 36 Jahre anhalten und 250.000 Menschenleben fordern und zu einer Million Vertriebenen führen sollte. Am 29. Dezember 1996 wurde der Krieg mit der Unterzeichnung mehrerer Friedensverträge beendet.

Und heute? Heute gibt es 14 Millionen EinwohnerInnen, von denen die Hälfte in Armut lebt; eine Hauptstadt, die sich unkontrolliert ausbreitet und mit umliegenden Orten verschmilzt. Auf die Frage, was die GuatemalteKInnen am meisten sorgt, gaben die meisten Befragten 2006 als erstes die Sicherheitsprobleme und im Weiteren Arbeitslosigkeit, hohe Lebenskosten und fehlender Zugang zu Gesundheitseinrichtungen an. Aus der gleichen Studie von UNDP geht hervor, dass in den letzten 10 Jahren die Zahl der Morde um 120 % zugenommen hat.

Hat der Bürgerkrieg Einfluss auf die Situation heute?

Helen Mack (Menschenrechtsaktivistin und aktuell Beauftragte des Präsidenten für Justizreformen):

„Wir haben die Straflosigkeit, die es verhindert, dass sich der Rechtsstaat konsolidiert, noch nicht beendet. Für die Bevölkerungsmehrheit ist Gerechtigkeit noch keine Realität. Auch wenn die Friedensverträge viele Hoffnungen auf ein anderes Guatemala erzeugten, so ist es doch desillusionierend, dass sie zwar operativ, aber nicht substantiell umgesetzt worden sind. (...) Das Verbrechen und die Kriminalität haben mehr Waffen als die

staatlichen Institutionen. Deshalb muss es Investitionen in die Infrastruktur, in die Technologie, in die Professionalisierung [des Rechtsstaates] geben.

Die Lösung der Probleme liegt in den BürgerInnen selbst, wenn sie ihre Rechte erkennen und wertschätzen, wenn sie den Amtsmissbrauch der Funktionäre der Exekutive, im Kongress oder im Justizsystem stoppen. Denn die Straflosigkeit ist das grösste Hindernis für die Entwicklung und Konsolidierung der Demokratie.“

Gewaltsames Erbe

Es wäre unwahr zu behaupten, die Gewalt habe erst 1960 begonnen. In der guatemaltekischen Geschichte gab es Turbulenzen seit der Conquista. Marco Antonio Garavito, Direktor der Guatemaltekischen *Liga für Mentale Hygiene*, spricht davon, dass es drei Ebenen der Gewalt gegeben habe: die strukturelle (von Seiten des Staates), die konjunkturelle (aufgrund spezieller Umstände in einer konkreten Epoche) und die situationsbedingte (z.B. in Zeiten von Wahlen). Diese drei Formen gibt es seit 1523, als die Spanier brutal die indigene Bevölkerung unterwarfen. Die Kolonie, die Herrschaft der Kaffeepflanzer und -aufseher, die Diktaturen und der bewaffnete Konflikt hatten alle etwas gemein: die Gewalt. Auch wenn die strukturelle Gewalt mit dem Friedensschluss von 1996 fast auf Null sank, haben wir es aktuell mit konjunktureller und situationsbedingter Gewalt zu tun, während wir noch mit den Folgen des Krieges kämpfen. Nach Ansicht des Experten für psycho-soziale Hilfen, Carlos Beristaín, befindet sich Guatemala in einer Vorstufe zu einem wirklichen Frieden. Sofort nach dem Ende des Krieges sah man Verbesserungen, die Gewalt kam jedoch zurück in Form von organisierter Kriminalität und alltäglicher Gewaltkriminalität. Weiterhin hat uns die Angst in all den Jahrhunderten begleitet. „Man kann physische Gewalt nicht pausenlos ausüben. Deshalb wird versucht, die Angst bei den Menschen zu internalisieren, damit sie so manipuliert werden können“, erklärt Garavito. So kann eine permanente Einschüchterung ausgeübt werden. Dies hat zu einer erlernten Hemmung geführt, die uns hindert, uns auszudrücken, am Geschehen teilzunehmen und aktiv für unsere Rechte einzutreten. Es fällt uns schwer, uns zu organisieren, wir vertrauen immer weniger den Institutionen, aber wir nutzen die Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung. Als Konsequenz unserer brutalen Geschichte erleiden wir Traumatisierungen. Einige versuchen zu vergessen, andere ignorieren die Geschehnisse, wenige handeln, um sich zu kurieren.

Den Krieg verstehen

Der Bürgerkrieg ist ein komplexes Phänomen; es gibt nicht nur einzelne Ereignisse und Daten, sondern eine Unmenge menschlichen Leids. Der nutzlose Gegenstand ist nicht nur gross und unhandlich, sondern auch schrecklich und traurig.

Der Soziologe und politische Analyst Gustavo Porras sagt, man könne den Bürgerkrieg nicht verstehen ohne die Konterrevolution von 1954. Die OpponentInnen der demokratischen Regierung von Jacobo Arbenz stürzten diese mit Hilfe der CIA. Wie der Zeitzeuge Carlos Paz Tejada berichtet, wurden in der Folge viele Menschen verfolgt, bedroht und ins Exil getrieben. Die Betroffenen und ihre SympathisantInnen gingen in den Untergrund, um die Macht zurückzuerobern. Porras erklärt, dass der bewaffnete Konflikt auch deshalb ausbrach, weil es im Militär Unzufriedenheit gab, da in Guatemala ausländische Truppen stationiert waren, die das revolutionäre Kuba überfallen sollten. Jene, die nicht einverstanden waren, entschieden sich für einen strikt militärischen Weg ohne Beteiligung der Zivilbevölkerung, um die Regierung zu stürzen und Wahlen durchzuführen. Paz führt aus, dass die Dissidenten am 13. November 1960 die Kaserne von Matamoros einnahmen, Waffen entwendeten und sich Richtung Zacapa und Puerto Barrios wandten. Sie erhielten jedoch nicht die erhoffte Hilfe von anderen Militärangehörigen und konnten deshalb ihre Pläne nicht umsetzen. Das Scheitern der Aktion führte zu einer stärkeren Verfolgung jeglicher Opposition und dazu, dass immer mehr in den Untergrund gingen. Mario Payeras hat in seinem Buch „Die Gewehre des Oktober“ geschrieben, dass der offizielle Beginn des bewaffneten Kampfes der Guerilla 1963 in der Sierra de las Minas anzusetzen sei. Aufgrund verschiedener Auffassungen über die Kampfstrategien entstanden – neben der Kommunistischen Partei Guatemalas, PGT, die seit 1949 existiert – verschiedene Guerillagruppen: die MR13, die FAR, ORPA und die EGP.

Höhen und Tiefen

Viele Sektoren, die nicht notwendigerweise den bewaffneten Kampf unterstützten, summierten sich zu einem Panorama jener, die Veränderungen und den Respekt der Menschenrechte forderten. Gemeinschaften und einfache Leute begannen sich zu engagieren. (...) Parallel zur Dynamik des Kampfes zwischen Militär und Guerilla gab es die strukturelle Gewalt gegen das Volk. Für Porras hatte diese Politik eine eigene Agenda; seit 1954 gab es Verfolgungen gegen jene, die als politisch links galten, Verschwindenlassen und Morde nahmen zu. Diese Verfolgungen wurden teilweise von Personen unterstützt, die so ihren politischen WidersacherInnen Schaden zufügen wollten, selbst wenn diese gar nicht in Aktionen involviert waren. Viele sagen, dass der entscheidende Moment im Bürgerkrieg 1981 war, als eine brutale Militäroffensive unter den Regierungen von Romeo Lucas und Efraín Ríos Montt begann mit dem makaberen Höhepunkt 1982. Laut Patrick Ball (Autor des Buches „Institutionelle Gewalt in Guatemala“) hat der Staat damals Studierende, Intellektuelle, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, KatechetInnen, Priester, PolitikerInnen, FördererInnen ruraler Entwicklung und LandarbeiterInnen angegriffen.

Das Ende der (gewaltsamen) Auseinandersetzungen

Ball schreibt, dass die staatliche Gewalt zwischen 1990 und 1996 kontinuierlich abnahm. Guatemalas Regierung und das Militär formulierten und unterzeichneten Verträge mit der vereinigten Guerilla URNG und schlossen Kompromisse. Nach Auffassung von Porras gab es damals die Fehleinschätzung, dass allein durch die Unterzeichnung von Verträgen sich das Land ändern werde wie durch einem magischen Zauber. In allen Friedensprozessen – so meint Beristaín – werde eine Nachkriegszeit initiiert, in der die Umsetzung der erzielten Verträge auf der Tagesordnung steht. Und er fährt fort: „Auch wenn jedes Land anders ist, man muss rekonstruieren, mit den Folgen und Leiden kämpfen, die Opfer entschädigen, eine Erinnerungskultur entwickeln, die hilft, das Geschehene zu verstehen, um vorzubeugen, dass die Vergangenheit sich wiederholt, und um die zerbrochenen sozialen Beziehungen neu aufzubauen.“

Margarita Carrera (Journalistin und Dichterin):

Während des Krieges war die Situation anders als heute, härter. Ich wurde mit dem Tode bedroht. Ich habe das Land nicht verlassen, weil ich nicht wusste, wo ich hätte hingehen sollen. Ich wollte auch meine Familie, meine Arbeit, mein Heim nicht verlassen. Ich entschied, mit den Drohungen zu leben, jeden Tag lebte ich voller Angst. Ich war keine Aktivistin, niemals, aber meine Ideologie brachte mich in Gefahr, weil sie eben anders war. Es ist tragisch, dass in den 36 Jahren des Krieges die obere Mittelschicht gar nicht mitbekam, dass Krieg herrschte. Manchmal ist es notwendig, ausser Landes zu gehen, um die Dimensionen der Probleme zu verstehen. Für mich sind die Ursachen des Krieges weiterhin virulent. Die indigene Bevölkerung wird weiterhin marginalisiert und ignoriert, obwohl Rigoberta Menchu den Friedensnobelpreis erhalten hat. Im Inneren herrscht weiter Elend, Armut und fehlende Gesundheitsversorgung. Es ist anzuerkennen, dass das Ende des gewaltsamen Konflikts Verbesserungen gebracht hat: die PolitikerInnen kümmern sich ein wenig mehr um die arme Bevölkerung, zum Teil auch nur um Wahlstimmen zu bekommen. Es ist gut, dass man nicht mehr verfolgt wird, weil man anders denkt, und dass man sagen und schreiben kann, was man will. (...)

Das Projekt „Wiedergewinnung der historischen Erinnerung“ und die „Kommission zur Klärung der Geschichte“ haben versucht, die Erinnerung der Opfer wiederzugewinnen. Ball sagt, dass deren Informationen von Geschehnissen berichten, die fast ausschliesslich vom Militär, der Polizei oder uniformierten Agenten des Staates begangen wurden. Dazu zählen auch die vom Staat kontrollierten paramilitärischen Verbände, die von den sog. Zivilpatrouillen (PAC) bis zu Todesschwadronen reichten. Auch die Guerillagruppen haben – gemäss des Berichtes „Nie mehr!“ Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen.

Wie gelangten wir bis hierher?

Die Probleme der GuatemaltekinInnen endeten nicht 1996, auch wenn es bedeutende Fortschritte gegeben hat. „Die Verwirrung besteht darin, zu glauben, dass der politische Frieden automatisch den allgemeinen Frieden bringe“, sagt Porras. Man muss verstehen, dass die konjunkturelle Gewalt, die wir heute erleben, etwas anderes ist als die strukturelle Gewalt, die wir im Krieg erlebten. Allerdings sind während des Bürgerkrieges jene Strukturen und Apparate entstanden, welche die heutigen Verbrechen begehen und die die Basis bilden für Straflosigkeit und organisierte Kriminalität. Während des Krieges wurde das alltägliche Verbrechen durch Militäraktionen kontrolliert. „Sowohl militärische Kommissare als auch die PAC und auch die Guerilla halfen, die alltägliche Kriminalität in den Gemeinden zu mindern“, sagt Porras. Mit dem Ende des Krieges endeten auch diese Kontrollen, weswegen die Verbrechensrate wachsen konnte.

Diese Entwicklung hätte, so Beristaín, vermieden werden können, wenn die nachfolgenden Regierungen die Friedensverträge als Richtschnur ihrer Politik verwendet hätten. Nach Einschätzung der Stiftung Guillermo Toriello war die Aufstandsbekämpfung natürlicher Teil der damaligen Regierungspolitik, die Friedensverträge jedoch nicht trotz aller offiziellen Verlautbarungen. „Das Thema der Gewalt konnte ausgezeichnet dazu genutzt werden, von diesen Themen abzulenken“, analysiert Porras. Nach Ansicht von Beristaín wurde der Prozess der Versöhnung durch den Mord an Bischof Gerardi 1998 unterbrochen: „Seitdem haben sie daran gearbeitet, aber unter negativen Vorzeichen, weil die Regierungen ihre Versprechen nicht erfüllten.“

Nineth Montenegro (Begründerin von GAM und Kongressabgeordnete):

Die Zeit während des Krieges war sehr schwierig, weil es kein Recht auf freie Meinungsäusserung, eigene Gedanken gab, keine freie Wahlen, keine Oppositionsparteien und die ständige Gefahr herrschte, dass man ermordet oder entführt wird, wenn man gegen das etablierte System rebellierte. Nach dem Krieg wurden die Friedensverträge nur teilweise umgesetzt – aufgrund fehlenden politischen Willens und weil die Wege durch fehlende ökonomische Ressourcen abgeschnitten waren. Ein wichtiger Punkt war die Versöhnung und die Entschädigung; ohne gleichzeitige Gerechtigkeit lassen diese sich jedoch schwer verwirklichen. Es scheint, dass vielen Menschen unklar ist, was geschehen ist. Mir ist die psychologische Notwendigkeit bewusst, Dinge vergessen zu wollen; bei vielen finden schmerzhaft Prozesse statt. Aber gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass es wichtig ist, die Wahrheit zu kennen und zu verbreiten, denn die Verheimlichung hat uns erst dahin gebracht, wo wir jetzt sind (...). Wir brauchen Massnahmen des Staates, die diese Prozesse unterstützen, aber auch individuelle der Überlebenden. Nach 50 Jahren hat sich bezüglich des Konfliktes in Guatemala einiges verbessert: mehr Freiheiten, z.B. bezüglich der Rechte von Frauen, Jugend und Kindern. Meines Erachtens hat

sich eine Demokratisierung des Landes etabliert, mehr Toleranz, eine Pluralität der Ideologien. Auf der anderen Seite aber werden wir erschüttert durch die organisierte Kriminalität und die Übernahme des Staates durch mafiose Gruppen, die das Land zum Kollaps bringen können.

Einen Weg suchen

Bei seiner Grösse kann sich der Gegenstand nicht fremd anfühlen, noch kann man ihn ignorieren. In ihm finden sich die Antworten auf die aktuellen Probleme. Beristaín glaubt, dass sowohl aufgrund des Fehlens einer Politik des Staates als auch aufgrund unserer eigenen fehlenden Aktivitäten dieselben alten Methoden heute weiter angewendet werden – und das in gleichzeitig weiter wirkenden sozialen Konflikten wie Drogenhandel, Umweltzerstörung oder Migration.

Deborah Levenson (US-Sozialwissenschaftlerin, die sich vor allem mit den Maras beschäftigt hat):

Der Unterschied zwischen der Bürgerkriegszeit und heute ist, dass es früher ein kollektives Gewissen gegeben hat, heute nicht mehr. Bevor analysiert wird, wo die Gewalt herkommt, spricht man heute von der Gewalt als einem Naturereignis wie von einem Hurrikan oder einem Erdbeben. Sie wird nicht in ihren Kontext gestellt. Die kriminelle Gewalt zwischen den Armen ist Resultat der Bürgerkriegsfolgen, nicht des Krieges selbst. Wenn das Militär gewann, verloren die Volksbewegungen, und damit verloren sie auch das Verlangen nach einem besseren Leben, einer Agrarreform, höheren Löhnen, besserer Bildung und Gesundheit.

Die Maras sind ein soziales Phänomen, das nicht einfach ausgeradiert, sondern nur auf anderen Wegen angegangen werden kann. Es wurde nichts getan, als das Phänomen, präzise in den 1980er Jahren, begann. Am Anfang gab es Gruppen von Jugendlichen, die nicht kriminell waren, sondern die angesichts der Bedingungen, die so anders waren als ihre Erwartungen, langsam ihre Unschuld verloren und in denen sich tiefer Groll Raum schuf. Jugendbanden gab es schon seit den 1960er Jahren, allen voran wichtige Studierendengruppen. In den Demonstrationen von 1985 zogen die Jugendlichen zu Protesten auf die Strasse, allerdings mit gesetzlosen Methoden. Sie standen in Opposition zu den Volksbewegungen, kamen aber aus denselben Schichten. Dadurch dass die wirklichen Ursachen des Phänomens nicht angegriffen wurden, ging die sich entwickelnde Solidarität und das Klassenbewusstsein der Maras verloren. Ihr Wesenszug war ein Gefühl des No Future, und diese fehlende Orientierung machte sie anfällig für Manipulationen von aussen. Wenig interessiert an sozialen Belangen und gleichberechtigten Beziehungen, aufgesaugt von der Kriminalität, kamen die Maras an einen Punkt, an dem es kein Zurück mehr gab: sie waren immer mehr auf sich selbst fixiert, wurden antidemokratisch, autoritär und immer gewalttätiger. Sie sind jedoch nicht das einzige Problem in Guatemala.

Das UN-Friedenskonzept dient dazu, die Ursachen des Krieges an der Wurzel zu packen und die komplexen sozialen Konflikte dauerhaft zu entschärfen. Um aus dem Sumpf zu entsteigen, in dem wir uns befinden, müssen wir die Opfer entschädigen und seelisch betreuen, ihnen in jedem einzelnen Fall Gerechtigkeit widerfahren lassen. Dadurch wird das Kapitel geschlossen und die Versöhnung kann beginnen. (...)

„Wir müssen am Respekt und an der Toleranz arbeiten. Wir müssen unser Verhalten, einer gegen den anderen zu sein, den anderen aufgrund seiner Andersartigkeit zu disqualifizieren, beenden,“ meint Garavito. Dieser Wandel muss bei den Kindern und Jugendlichen beginnen, in ihnen muss eine neue Philosophie des Lebens entwickelt werden. Sie zu lehren, dass dieser nutzlose Gegenstand nicht zufällig da ist. Das ist der Weg, den das *Internationale Institut für die Lehre über die soziale Versöhnung* IIARS verfolgt. Es arbeitet daran, den Dialog zu begünstigen und die verschiedenen Sektoren und die unterschiedlichen Realitäten, in denen sie leben, einander näher zu bringen. Es tut dies über den Weg einer Ausstellung namens „Warum sind wir, wie wir sind?“ Damit versucht IIARS, den BesucherInnen interaktiv die nationale Realität zu erklären. Die Ausstellung vereint die Arbeit von KünstlerInnen, MuseologInnen, Intellektuellen, HistorikerInnen, KuratorInnen und DesignerInnen. Vivian Salazar, Direktorin des Instituts, erklärt es so: es ist eine pädagogische Strategie der Versöhnung, ein Thema, das in alle Sektoren herantragen werden soll. „Uns kennenlernen und uns anerkennend können wir den Wandel beginnen. Dabei müssen wir aufhören, uns gegenseitig zu beschuldigen, aber wir müssen Verantwortung dafür übernehmen, was uns bewegt“, erläutert sie. Es ist möglich, dass einigen nicht gefällt, was sie da sehen, aber zumindest setzen sie sich den Themen aus, die wichtig und der Auseinandersetzung wert sind, etwa der Rassismus und die Ungleichheit. Basierend auf konkreten und belegten Begebenheiten zeigt die Ausstellung die guatemalteckische Realität im Antlitz von Personen. Diese in Lateinamerika einmalige Ausstellung, wurde bisher von 175,000 Menschen allen Alters gesehen. Ihr Ziel ist es, dass sich immer mehr Menschen die Frage stellen „Warum sind wir, wie wir sind?“ und ihre eigenen Antworten finden.

Sie arbeiten für den Frieden

Es gibt verschiedene staatliche Institutionen, die sich der Wiedergutmachung und der Versöhnung widmen. Das Friedenssekretariat wurde 1997 geschaffen, und sein Ziel ist, die Umsetzung der in den Friedensverträgen von der Regierung eingegangenen Verpflichtungen zu unterstützen und zu koordinieren. Es untersteht direkt dem Präsidenten.

Auf seiner Internetseite (www.sepaz.gov.gt) können die Friedensverträge nachgelesen werden und es wird über die verschiedenen Aktivitäten berichtet, um eine Kultur der Gewaltfreiheit zu fördern, z.B. Archive, die über das erzählen, was im Bürgerkrieg geschah.

Im vergangenen Oktober wurde die erste Ausgrabung von Opfern dieser Zeit von staatlicher Seite durchgeführt; zuvor waren diese von nicht-staatlichen Organisationen vorgenommen worden.

Das Nationale Programm für Entschädigung ist eine Reaktion auf die Empfehlung der Kommission zur Klärung der Geschichte, ein Programm für die Opfer und Überlebenden aufzulegen, das die erlittenen Schäden entschädigt und kuriert. Es versucht damit, den Betroffenen neue Möglichkeiten zu eröffnen gerade auch im Hinblick auf Menschenrechte.

Zugleich gibt es nicht-staatliche Organisationen, die sich der Versöhnung zwischen den Sektoren der Gesellschaft widmen. Das Programm „Alle für eine Wiederbegegnung“ der Liga für Mentale Hygiene hat bereits 300 Begegnungen von Familien organisiert, die während des Krieges getrennt waren. Auf der anderen Seite kann die Ausstellung „Warum sind wir, wie wir sind?“ bei freiem Eintritt zwischen 8 und 17 Uhr im Eisenbahnmuseum, 9 Avenida A 18-95, Zone 1 in Guatemala Stadt, angeschaut werden. (...)

Beschluss des Verfassungsgericht macht unbegrenzten Waffenbesitz wieder möglich

Guatemala, 15. Nov. Im April 2009 wurde nach vielem Hin und Her ein neues Waffen- und Munitionsgesetz verabschiedet. Dieses besagt in Artikel 72, dass die BürgerInnen, um Feuerwaffen tragen zu können, vorher die Lizenz dazu besitzen müssen. Und auf diese Lizenz können bis zu drei Waffen besessen werden.

Nun hat ein gewisser Édgar Stuardo Ralón Orellana, Anwalt, Anklage wegen Verfassungswidrigkeit gestellt. Daraufhin gab ihm das Verfassungsgericht teilweise recht und stellte klar, dass man pro Lizenz nur bis zu drei Waffen besitzen dürfe. Da aber das Gesetz nur aussagt, dass man “die” Lizenz besitzen muss und nicht “eine”, kann somit interpretiert werden, dass man mehr als eine Lizenz besitzen darf. Das Gesetz verbietet nicht den Erwerb mehrerer Lizenzen. Letztendlich kann man somit wieder so viele Waffen besitzen, wie man möchte.

Über diesen Rechtsbeschluss kann man sich als WaffenliebhaberIn, -händlerIn und -vielbenutzerIn eigentlich nur freuen. Eine Senkung der Gewaltrate, ob allgemeiner Natur, gegen Frauen oder gegen Kinder, ist aber nun nicht zu erwarten.

Gemäss Polizeistatistik wurden bis zum 15. Oktober 3'505 Schusswaffen bei verschiedenen Razzien beschlagnahmt. Mit 2'041 eingesammelten Exemplaren führen die 9- und 45-Millimeterpistolen die Rangliste an. Gemäss Polizeisprecher Donald González wurden viele dieser Waffen bei der Verübung von Delikten verwendet, die von Überfall bis Mord gehen.

Im Jahr 2008 wurden 3'769 und im Jahr 2007 insgesamt 6'200 Waffen beschlagnahmt. Man geht davon aus, dass die Zahl im 2010 über 4000 steigt. Derweil 90% der Morde in Guatemala durch illegale oder legale Schusswaffen verübt werden.

25. November: Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Guatemala, 15. Nov. Bis dato wurden dieses Jahr 711 Frauen ermordet. Zählt man letztes und vorletztes Jahr hinzu, kommt man auf über 2500 Todesopfer. Dagegen gab es 2010 nur 119 Gerichtsbeschlüsse für genanntes Verbrechen, von denen 42 Freisprüche waren.

Auch nimmt die Gewalt gegen Frauen ein immer grausameres Ausmass an. Nicht nur wird der Tod durch einfache Feuerwaffen verursacht, die Frauen werden vergewaltigt, gequält und verstümmelt: Am 2. November fand man den zerschnittenen Körper einer Frau in Mixco. Dies geschah wahrscheinlich mit einem zerbrochenem Stück Glas, was die Schnitte langsamer und ungenauer macht, als wenn man ein Messer benutzt. Am 8. November fand man den Kopf einer anderen Frau in Chiquimula, der Körper befand sich in einem Kilometer Entfernung.

Oft kommt die Gefahr aus der eigenen Familie, wie Claudia Hernández von der Organisation *Sobrevivientes* aussagte. Oft komme es vor, dass Frauen die bei der Organisation Hilfe suchen, sich einige Zeit später wieder mit ihrem Freund/Ehemann vertragen und kurz darauf von ihm ermordet werden. Ebenso richtet sich die Gewalt gegen die Kinder der Frauen, ob geboren oder ungeboren.

Am 24. November fand man zwei halbnackte Frauenleichen in Santa Rosa. Eine davon war schwanger und ihr war mehrere Male in den Bauch geschossen wurden.

98% der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bleibt ungestraft

Guatemala, 6. Nov. Nur zwei von 100 Fällen von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche werden von der Justiz bestraft. Man kann also davon ausgehen, dass eben dieser Generation ein verzerrtes Bild über Konzepte wie Justiz vermittelt wird. Gewalt innerhalb der Familie, Erpressung in den Schulen, Entführungen von Kindern, Kinderarbeit, Vergewaltigungen, Überfälle – all jenem hat sich die Jugend Guatemalas zu stellen.

Dabei bleiben laut den Studien der Vereinten Nationen 75% der Fälle unangezeigt. Dies geschieht zum einem, weil man davon ausgeht, dass eine Anzeige zu nichts führt. Oft ist auch die Sprache der Opfer eine andere als die, in der man die Anzeige stellen muss. In ländlichen Gebieten kommt hinzu, dass staatlichen Stellen, die für die Sicherheit der Kinder verantwortlich sind, wenig präsent und meist weit entfernt sind. Diese Entfernung verhindert auch, dass man eine Anzeige, wenn gestellt, weiter verfolgt.

Des Weiteren werden die Gesetze zum Schutz der Kindheit und Jugend, die es in Guatemala gibt, nicht angewendet oder sind ganz einfach nicht bekannt.

Laut Menschenrechtsbüro des Erzbischofs von Guatemala (ODHAG) starben in diesem Jahr schon 1360 Minderjährige (bis September). Die ODHAG bemängelt, dass die Schutzprogramme sich mehr auf den rechtlichen Aspekt stützen, als die soziale Variable mit einzubeziehen. Trotzdem endeten viele Anzeigen nicht mit Gerichtsbeschlüssen (nur in 437 von 3794 Fällen).

Carlos Vielmann auf freiem Fuss

Guatemala, 23. Nov. Das höchste spanische Gericht hat am 23. November den guatemalteckischen Ex-Minister Carlos Vielmann freigelassen. Dies, nachdem Guatemala die 40 Tage Frist hat verstreichen lassen, in der ein entsprechendes Auslieferungsgesuch hätte gestellt werden müssen. Vielmann, der die doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, wurde am 13. Oktober in Madrid verhaftet (siehe ¡Fijáte! 471). Angeklagt ist er wegen Mordes an drei Gefangenen im Jahr 2005 und der Beteiligung an der „aussergerichtlicher Hinrichtung“ von sieben Gefangenen im Jahr 2006.

Die Freilassung erfolgte drei Tage nachdem das guatemalteckische Verfassungsgericht entschied, das Auslieferungsverfahren zu suspendieren und einem Antrag stattgab, den Vielmanns Sohn einreichte und in dem er Gründe vorlegte, die offenbar einen verfassungsmässigen Schutz Vielmanns erfordern. Mit dieser Resolution suspendiert das Verfassungsgericht die Anweisungen der Richterin Patricia Flores, die am 28. Oktober grünes Licht für die Auslieferung Vielmanns gab. Die Verhaftung von Vielmann erfolgte auf Antrag der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit* in Guatemala CICIG, die ihn der „vorsätzlicher Tötung“ beschuldigt.

Vielmanns Anwalt Francisco Paloma erklärte, dass der eigentliche Tatbestand, dessen sein Mandant in Guatemala angeklagt ist, nämlich „aussergerichtliche Hinrichtung“, nicht Bestandteil des aus dem Jahr 1895 stammenden Auslieferungsvertrages zwischen Spanien und Guatemala sei. Der Zusatz „vorsätzliche Tötung“ sei erst später in die Anklageschrift aufgenommen worden, wodurch der Auslieferungsantrag nicht rechtskräftig sei.

Zwölf VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen protestierten umgehend gegen das vorläufige Urteil des Verfassungsgerichts. Für Claudia Samayoa von der Einheit der MenschenrechtsverteidigerInnen UDEFEGUA ist es ein klarer Beweis für den Einfluss der wirtschaftlich Mächtigen auf die Justiz, um sich Straffreiheit zu garantieren. Norma Cruz von der Stiftung *Sobrevivientes* ist besorgt über die Angriffe auf die CICIG – und als einen solchen sieht sie die provisorische Suspension des Auslieferungsantrags betreffend Vielmann.

Das Verfassungsgericht lehnte ebenfalls einen Antrag der CICIG ab, in dem diese forderte, eine Resolution des Appellationsgerichts für ungültig zu erklären, in der dieses den Tatbestand der „aussergerichtlichen Hinrichtung“ in der Anklage gegen den Ex-Direktor des Gefängniswesens Alejandro Giammattei durch den der „illegitimen Vereinigung“ ersetzte. Diese Änderung wurde vorgenommen, wenige Tage bevor die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift gegen Giammattei einreichen muss, der immer noch in Untersuchungshaft sitzt.

Oh, Revolution!



Die Regierung von Álvaro Colom bezeichnet sich als sozialdemokratisch. In ihren Reihen hat es Leute, die aus der Guerilla stammen, und sie versucht sich immer wieder in progressiven Gesten – speziell im Monat Oktober, dem Monat der „Revolution“, wenn den Regierungen des Demokratischen Frühlings (1944-1954) gedenkt wird, welche die Naturressourcen gegenüber den gefräßigen nordamerikanischen Unternehmen verteidigten. Jene demokratischen Regierungen wurden von der CIA gestürzt und durch Militärdiktaturen ersetzt, die nach und nach das Land den grossen nordamerikanischen Firmen zum Frass vorwarfen.

Im vergangenen Oktober liess Präsident Colom das berühmte Wandbild „Gloriosa Victoria“ von Diego Rivera aus Mexiko einfliegen und im Nationalen Kulturpalast ausstellen. Das Bild ironisiert die erniedrigende Aushändigung der guatemaltekischen Ressourcen ans Gringo-Imperium. Die offiziellen Feierlichkeiten zum diesjährigen „Oktoberfest“ liefen unter dem Titel „Oh, Revolution!“.

Bald sind es eine Million GuatemaltekinInnen, Frauen und Männer, die in den vergangenen Jahren an einer der rund 50 Volksbefragungen (consultas populares) über Wasserkraftprojekte, Bergbau oder Ölförderung teilgenommen haben. Allein in den letzten Wochen haben sich 217 Weiler, Dörfer, Ortschaften sowie die Departements-hauptstadt von Quiché und die Gemeinde Uspantán in einer Abstimmung zu einem dieser Probleme von nationalem Interessen geäußert

Es ist wichtig festzuhalten, dass diese zivilgesellschaftlichen Anlässe in einem Umfeld von Gewalt stattfinden, die vom Staat toleriert, wenn nicht gefördert wird. Führungspersönlichkeiten, Frauen und Männer, werden bedrängt, bedroht und manchmal auch ermordet. Die ausländischen Unternehmen nehmen ungestraft Gemeindeland in Beschlag, bedienen sich der Dienste korrupter Funktionäre sowie der öffentlichen oder privaten Sicherheitskräfte, die in bester Harmonie zusammenarbeiten, wenn es darum geht, brutale Räumungen durchzuführen, wo alles erlaubt ist bis hin zu schlimmsten Beleidigungen und Vergewaltigungen von Frauen – genau wie zu Zeiten des bewaffneten Konflikts. Selbst die Regierung missachtet Abkommen und internationale Organe und deren Entscheide und stellt sich so schamlos auf die Seite der Unternehmen.

Es gäbe viel zu sagen über den sauberen und unermüdlichen Kampf des einfachen Volkes von Guatemala, das seine Land und sein Heim gegenüber der Gefahr einer fremden Invasion verteidigt! (Selbst die Nationalhymne leiht uns ihre Wörter [Wörter aus der guatemaltekischen Nationalhymne = kursiv, die Red.])

Zweifellos gibt es einige Phrasendrescher in den Medien, die in ihren grobschlächtigen Kolumnen behaupten, diese consultas seien von armen und manipulierten Bauern durchgeführt worden, einer Herde, die von politisierenden Wölfen angeführt werde (Prensa Libre, 2.11.2010, S. 14). Ist vielleicht die Interamerikanische Menschenrechtskommission auch manipuliert? Haben wohl die Flugzeuge, Helikopter und Truppen, die dröhnend Uspantán überflogen und besetzten, das Dorf vor einer fremden Invasion beschützen wollen? Denn das ist doch die Aufgabe der Armee, oder?

Die Besitzer des Landes und ihre sozialen Manipulationsmedien bemühen sich in erster Linie darum, dass die unteren Schichten nicht lauter schreien als tolerierbar. In früheren Jahren und auf Befehl der USA hat man sie im grossen Stil und unter grauenhaftem Leiden eliminiert, heute bringt man sie durch gekaufte Schlagwörter zum Schweigen.

Gekauftes Geplapper, das sich durch einen demagogischen Diskurs auszeichnet, mit dem nicht nur die Leute hinters Licht geführt werden sollen, sondern in Wirklichkeit nichts als leere Worte sind. (So fand zum Beispiel

das letzte nationale Unternehmertreffen unter dem Motto „Armutreduktion“ statt.) Ein politisch korrekter Diskurs, der sich grossgekotzt irgendwelcher lächerlicher Stereotype aus faschistischer Vergangenheit bedient und schamlos moderne Begriffe wie Freiheit, Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus, historischer Revolution etc. dazwischenflechtet. Und sich – vor allem – eines medialen Aufmarsches bedient.

In den Jahren der blutigen nationalen Sicherheit bedienten sich die Oligarchen unseres Americas der Repression; es war die Zeit des Kalten Krieges. Heute ist es viel gepflegter und vor allem rentabler, die Manipulationsmedien zu kontrollieren. Diese müssen nicht das Militär auf die Strasse schicken, es reicht, die Leute unter einem sozialen Druck zu ersticken, der sich durch Überleben, Angst, Misstrauen und Individualität, Konsumismus und Desinformation auszeichnet sowie durch die gütige, schöne, junge, mächtige Omnipräsenz der transnationalen Unternehmen, Garanten des Lebens und der Zukunft.

Sie stehen heute anstelle der Götter von früher (diese werden immer blasser und kleiner und verkommen zu harmlosen sozialen Konventionen). Und sie benehmen sich auch wie Götter, verfolgen ihre eigenen Interessen, wenn sie Krisensituationen provozieren oder in solchen vermitteln. Es gibt viele Beispiele: die Schweinegrippe, das Erdbeben von Haiti, die Rettung der chilenischen Grubenarbeiter. Aber diese Götter-Unternehmen schauen bloss zur Seite, wenn die menschlichen Probleme sie nicht interessieren: der Hunger, der immer mehr Menschen quält, die vermeidbaren Epidemien, die Kämpfe der BäuerInnen und Indigenen um ihr Land, die Krise dieses Planeten ...

Diese tödliche Hinterlist des Geldes praktizieren nicht nur die grossen Unternehmen, sondern auch die lokalen Regierungen. Es ist eine Mischung aus Religion und Cosa nostra, die sich ins Herz einiger Leute schleicht. Auch in unserem Guatemala wird diese Marotte gepflegt. Während wir im Ranking der Gewalt, der Unterernährung, der schlechten Lebensqualität weit oben stehen, verschleppen die Kongressabgeordneten monate- und jahrelang die Annahme von Gesetzen zur ländlichen Entwicklung, zu Bergbau, Sicherheit und Gerechtigkeit, die für das Land wichtig wären.

Doch die Medien – längst nicht mehr die vierte Macht, sondern Werkzeug der ersten geworden – schaffen ein soziales Klima, indem sie Nachrichten manipulieren oder verschweigen. Schaut euch die obere Ecke der Seite 8 der Prensa Libre vom 26. Oktober an! Da heisst es: „Bauern fordern Landwirtschaftsgesetz“ – und dazu ein kleines Bild von zornigen Männern mit Eisenstangen. Zwei Tage später auf der Titelseite und über die fünf Spalten der zweiten Seite grosse Fotos von fröhlichen, jungen StädterInnen, gut gekleidet und angetan mit einem kunstvollen Transparent, das lautet: „Jugend gegen Gewalt“.

Oh, Gesetz für ländliche Entwicklung! Bla, bla, bla! Oh, Revolution! Sorry: oh, revolution! Ich habe ganz vergessen, dass man uns unser Bergbaugesetz ja hinterrücks und auf englisch untergejubelt hat

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-